

# EUROPA-WIRTSCHAFT

## DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM FRÜHJAHR 1969

Seit sechs Jahren wird die Gemeinschaft der Sechs von einer Krise nach der anderen geschüttelt; trotzdem kann die EWG noch nicht als gelähmt bezeichnet werden. Wenn sie auch auf Krücken aller Art mühselig dahinhumpelt und immer längere Verschnaufpausen benötigt, so schleppt sie sich doch vorwärts. Die Gemeinschaft ist in den vergangenen Jahren die erste Handelsmacht der Welt geworden und hat mit wachsender Integration beachtliche Strukturpassungen und nicht unerhebliche Produktivitätssteigerungen ausgelöst. Ihr wirtschaftliches Wachstum ist größer als das anderer Industrieländer. Der innergemeinschaftliche Handel nahm ungewöhnlich stark zu; gleichzeitig intensivierten sich auch die Handelsbeziehungen mit den Drittländern. In der Übergangszeit, die Ende dieses Jahres beendet sein soll, konnten der gemeinsame Agrarmarkt und die Zollunion als Pluspunkte gelten. (Tatsache allerdings ist, daß die Zollunion zwar besteht, aber noch nicht voll wirksam wurde — der freie Warenverkehr allein schafft noch keine binnenmarktähnlichen Verhältnisse. Denn ein gemeinsamer Markt kommt erst dann voll zur Wirkung, wenn auch die verwaltungsmäßigen und technischen Hemmnisse beseitigt und die nationalen Rechtsvorschriften einander angeglichen sind; und bis zur Harmonisierung der Steuern und Abschaffung der Grenzkontrollen ist es auch noch ein Stück Wegs.)

Und sonst? Zahllose Probleme erschweren es der Brüsseler Kommission, die sich so gern als „Hüterin des EWG-Vertrages“ bezeichnen läßt, nationale Interessen zugunsten des „Gemeinschaftsgeistes“ zu überwinden.

### *London ist das Konzept de Gaulles*

Die (west-)europäische Einigungspolitik zeichnet sich im Frühjahr 1969 weit mehr durch Konfusion als durch Klarheit aus. Paris und London üben sich wechselseitig darin, auch noch das restliche Porzellan zu zerschlagen. Und zwischen Bonn und Paris weicht das „herzliche Einvernehmen“ angesichts derartiger Praktiken einem kaum mehr zu verhehlenden Mißmut, die nüchterne Zusammenarbeit verdrängt die „bevorzugende Kooperation“. Was Wunder, daß die Stimmung bei den Brüsseler Eurokraten auf den Nullpunkt gesunken ist. Gängige Rhetorik vermag nur noch dürftig die tiefe Resignation zu verschleiern.

Zwar hofft man noch auf ein „einiges und starkes“ Westeuropa, doch die Ziel-Mittel-

Diskussion (und die Formen, in der sie sich abspielt) dreht sich im Kreise. Der Meinungsstreit über die Erweiterung der EWG lähmt das Kerneuropa der Sechs. Die vorgeschlagenen „Zwischenlösungen“, die die Zeit bis zum Beitritt Großbritanniens und anderer Länder zur Gemeinschaft überbrücken sollen, werden schon seit langem überprüft und als „zu leicht“ verworfen. Darüber trösten auch die kümmerlichen Ansätze für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit und für ein gemeinsames Patentrecht nicht hinweg. Der Vorschlag, ein Handelsarrangement zu treffen, dürfte ein Vorschlag unter anderen Vorschlägen bleiben, weil weder über dessen Gehalt noch über sein politisches Ziel Einigkeit besteht — dabei geht es nicht um verschiedene, sondern um unversöhnliche Meinungen. Denn während fünf Partnerstaaten in dem Handelsarrangement ein Angebot an London sehen wollen, England in näherer Zukunft — ausdrücklich und verbindlich — den Weg in die Gemeinschaft zu ebnen, lehnt Paris einen Zusammenhang zwischen dem Angebot und einer Aufnahme ab.

Und der Versuch, auf politischer Ebene mit dem „Harmel-Plan“ wirksam zu werden, ist ebenfalls gescheitert. Er strebte an, im Rahmen der „Westeuropäischen Union“ ein dichtes Netz wirkungsvoller Konsultationen zu verankern. Frankreich aber ist bestrebt, die WEU erneut in den Dornröschenschlaf zurücksinken zu lassen, in der die Union sich befand, bevor sie — nach dem Zusammenbruch der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien im Jahre 1963 — wieder zum Scheinleben erweckt worden war. Denn *de Gaulle* akzeptiert die WEU höchstens als Werkzeug zum Informationsaustausch, nicht aber für (bindende) Konsultationen. Zum Bruch mußte es kommen, als Paris den Eindruck gewann, London wolle sich durch die WEU-Hintertür in die EWG schleichen.

Allerdings — die Anzeichen mehren sich —, Frankreich scheint sich nicht mehr damit zu begnügen, *non* zu sagen, es beginnt eine aktive Europapolitik nach eigener Fajon zu entwickeln. Dazu dürfte der Vorschlag de Gaulles an die Adresse *Wilson*s gehört haben, in Gespräche über politische, wirtschaftliche und militärische Probleme einzutreten. Ausschlaggebend für den französischen Vorstoß mag das Motiv gewesen sein, ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen und politischen Machtentfaltung der Bundesrepublik zu schaffen. London witterte eine Falle und lehnte demonstrativ ab, um nicht in Mißkredit bei den übrigen Fünf zu geraten. Das demonstrative britische *no* wurde in Gallien als Beweis dafür gewertet, England wolle weiterhin die Sechsergemeinschaft spalten: de Gaulle ließ seine Hand sinken.

Der Boykott der WEU und die Affäre *Soames* vermochten Bonn nicht aus der Reserve zu locken; die zögernden Vermittlungsver-

suche *Kiesingers*, als er Mitte März dieses Jahres Paris ansteuerte, blieben ohne nennenswerte Ergebnisse. Frankreich sieht in der Erweiterung der EWG zu einem neuen Gebilde mit zehn oder zwölf Mitgliedern das Ende der in den römischen Verträgen vorgesehenen Gemeinschaft. Wenn die Fünf eine Freihandelszone mit England und anderen EFTA-Staaten wollten, so werde Paris sich nicht widersetzen; das hieße aber — so versicherten die Franzosen — Auflösung, nicht Erweiterung der EWG.

Bisher wurde im allgemeinen diese Position von de Gaulle als Warnung gedeutet, die EWG nicht zu gefährden. Es könnte aber auch sein, daß die französische Haltung ihren suggestiven Charakter verloren hat und im Begriffe ist, reale Politik zu werden. De Gaulle könnte seinem Ziel — europäische Unabhängigkeit — dadurch näher kommen, daß er eine organisierte Kooperation auf einer breiteren westeuropäischen Basis anstrebt. Ein System europäischer Handelspräferenzen ließe sich durchaus in seine politische Zielsetzung einbauen, die ja eine autonome politische und militärische Kooperation der mittleren Mächte Europas anstrebt (vergleiche das Angebot an England, eine größere Freihandelszone mit einem inneren Direktorium — Frankreich, Bundesrepublik, Italien und Großbritannien — zu schaffen). Das alles entspricht der althergebrachten Allianzvorstellung des französischen Staatschefs und seiner These von der Unteilbarkeit und Ausschließlichkeit nationaler Souveränität. Die Emanzipation von der US-Vormacht und die Befreiung von den integrationistischen Tendenzen der NATO würde Fortschritte machen, die polit-ökonomische Potenz der Bundesrepublik bliebe unter Kontrolle und die Ansätze einer supranationalen Konzeption, wie sie in der Gemeinschaft bestehen, ließen sich weiter schwächen, ohne die erreichte Agrar- und Zollunion zu gefährden. *Mode à la française!* Dazu der Bundesaußenminister *Willy Brandt*:

„Für die deutsche Regierung bleiben die Europäischen Gemeinschaften Eckstein und das wirksamste Instrument der Einigung Europas. Mir liegt sehr daran, daß dies überall verstanden wird.“

#### *Prioritätsprogramm 1969*

Immer noch nicht ist eindeutig geklärt, ob die zwölfjährige Übergangszeit der EWG, die nach dem Vertrag von Rom Ende 1969 ausläuft, verlängert wird oder ob es gelingt, folgende Entscheidungen bis zum Jahresende zu treffen:

1. Erste Schritte auf dem Wege zur Koordination der *Währungspolitik* durch Schaffung eines Mechanismus für die währungspolitische Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft. Dieser Mechanismus sollte kurzfristige mone-

täre Stützungsaktionen und einen mittelfristigen finanziellen Beistand zugunsten eines Mitgliedstaates ermöglichen. Festzulegen wäre auch die Pflicht jedes einzelnen Landes, bis zu einer bestimmten Höhe Mittel zur Verfügung zu stellen sowie die Inanspruchnahme der Kreditmöglichkeiten.

2. Beseitigung der *technischen Handelshemmnisse* (unterschiedliche technische Normen, Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen).

3. Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Die alte Finanzverordnung läuft Ende 1969 aus. Über die Form für die künftige *Agrarfinanzierung* ist noch nicht entschieden. Die Wahl liegt zwischen der Verlängerung der bisherigen provisorischen Lösung und einem Vorschlag für die endgültige Lösung. Dazu müßte dann auch entschieden werden, welche Arten von eigenen Einnahmen für die Gemeinschaft in den Vorschlag einbezogen werden müßten und wie hierzu Kontrollrechte für das europäische Parlament zu formulieren wären. Über diese Fragen brach im Juli 1965 die große politische Krise in der Gemeinschaft aus, in deren Gefolge Frankreich für ein halbes Jahr den Ministerratskonferenzen fernblieb. Artikel zwei der alten Finanzverordnung von 1962 schreibt jedenfalls vor, daß im Endstadium des Gemeinsamen Marktes die Einnahmen aus den Agrarabschöpfungen an die Gemeinschaft fließen werden. Ob in wenigen Monaten eine Endregelung für die Finanzverfassung gefunden werden kann, ist sehr zweifelhaft, zumal innerhalb der deutschen Bundesregierung Vorstellungen über eine Begrenzung der deutschen Belastung entwickelt worden sind, die vor allem bei dem französischen Partner höchstes Mißtrauen, wenn nicht gar Ablehnung hervorgerufen haben. Eine Einigung über diese Problematik kam auch auf der Sitzung des Agrarministerrates der Sechsergemeinschaft am 25. März nicht zustande, die Diskussion dürfte am 21. April 1969 weitergeführt werden.

Viele technische und politische Probleme werden jedenfalls bis zum Jahresende nicht gelöst sein. Dennoch sprechen sich viele der 14 Kommissionsmitglieder dafür aus, grundsätzlich nicht etwa die Übergangszeit um zwei Jahre (möglich wären laut Vertrag drei Jahre) zu verlängern, sondern den Vertrag mit Jahresbeginn 1970 juristisch für erfüllt zu erklären, allerdings für die noch offenen Einzelfragen eine Frist bis zu drei Jahren einzuräumen. Sie bauen dabei trotz der aktuellen Schwierigkeiten auf die Überzeugung, daß ernstlich kein EWG-Land das durch die Gemeinschaft Erreichte aufgeben will und gerade die „kleinen Krisen“ zur Fortsetzung der Integrationsbemühungen zwingen. Nicht zuletzt glauben deutsche Vertreter aus der Absicht Frankreichs, mit der Sowjetunion einen fünfjährigen Handelsvertrag (also für eine längere Frist als die höchstens um drei Jahre verlängerte Über-

gangszeit) abzuschließen, das Interesse von Paris herauszulesen, grundsätzlich mit Beginn des Jahres 1970 die EWG für vollendet anzusehen, um die Vereinbarungen mit Moskau nicht aus Termingründen zu gefährden.

### *Der Buhmann Mansholt*

Im Gegensatz zu den bundesdeutschen Parteien unterstützt der Deutsche Gewerkschaftsbund den Versuch der Europäischen Kommission, die landwirtschaftliche Preis- und Einkommenspolitik nicht länger an unrentablen Kleinbetrieben zu orientieren. Um was geht es eigentlich bei dem *Mansholt-Plan*?

Wer die Landwirtschaft in den sechs Ländern volkswirtschaftlich betrachtet, stellt fest, daß das Einkommen um 25 bis 30 Prozent unter dem Durchschnitt in anderen Wirtschaftsbereichen liegt. Zuviele Bauern produzieren in zu langer Arbeitszeit zu wenig. Trotz der Subventionen sind sie stärker verschuldet als andere Unternehmer. Die Kosten für die Betriebsmittel steigen von Jahr zu Jahr, während die Erzeugerpreise durch das Überangebot teilweise fallende Tendenzen zeigen. Die mit Steuergeldern zu einem erheblichen Teil finanzierten modernen Mähdrescher sind im Durchschnitt nur zu einem Drittel ihrer Kapazität ausgenutzt. Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in den sechs Ländern sind übermechanisiert, ohne vollmechanisiert zu sein, weil sie nicht spezialisiert sind. Der Bauer in Nordwest-Deutschland erreicht bei Betrieben bis zu 20 Hektar lediglich ein durchschnittliches Monatseinkommen von 800 DM, in Betrieben von mindestens 50 Hektar bringt er es jedoch im Durchschnitt auf 1200 DM. Ähnliche Verhältnisse gelten auch für die übrigen Länder der Gemeinschaft.

1950 waren 20 Millionen Menschen in der Landwirtschaft der sechs Länder erwerbstätig. 1960 waren es 15 Millionen, gegenwärtig zählt man noch 11 Millionen. Jahr für Jahr sind die Subventionen zugunsten der Landwirtschaft gestiegen. 1969 geben die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft 18 Milliarden DM für die Landwirtschaft aus, davon je die Hälfte für Strukturverbesserung und für Marktstützung. Nur durch eine radikale Senkung der Butterpreise auf Kosten der Steuerzahler ist es möglich, die anfallende Milch zu verbrauchen. Die Lagerkapazität der europäischen Kühlhäuser beträgt 450 000 Tonnen. Wenn es nicht bis zum Herbst gelingt, die Buttererzeugung einzuschränken, ist diese Kapazität erschöpft. Von vier Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinschaft haben nur 75 000 mehr als zwanzig Kühe. Aber erst bei 40 bis 60 Milchkühen sind die Arbeitskraft und der Kapitaleinsatz optimal ausgelastet. Durch Subventionen in Höhe von Milliarden-Beträgen werden Millionen kleiner Milchviehhalter unterstützt. Mit schwerer Arbeit verdienen sie

wenig. Das Ergebnis ihrer Bemühungen sind Butterberge, die wiederum mit Subventionen verschleudert werden müssen. Ähnliches gilt für die Schweinemast. Rentabel wird diese Viehhaltung erst bei 450 bis 600 Tieren. Die Getreideerzeugung rentiert sich bei einer zusammenhängenden Fläche von 80 bis 120 Hektar.

Eine Million Landwirte plagen sich heute noch, obwohl sie älter als 65 Jahre sind. Zwei Millionen erreichen im Laufe des nächsten Jahrzehnts diese Altersgrenze. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft wird während der nächsten zehn Jahre so oder so um einige Millionen zurückgehen. Der Plan des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Sicco Mansholt, will den Strukturwandel in der Landwirtschaft bis zum Jahre 1980 vorantreiben. Dieses Reformprogramm kostet durchschnittlich 20 Milliarden DM im Jahr. Diese Summe aber wird bei Fortsetzung der bisherigen Politik sowieso im Jahre 1970 von den sechs Staaten ausgegeben werden. Im Gegensatz zu den bisher laufend gestiegenen Kosten hofft der Mansholt-Plan, die Subventionspolitik beenden zu können.

Wenn die Reformen innerhalb eines Jahrzehnts durchgeführt worden sind, verdient der Landwirt genausoviel wie ein anderer selbständiger Erwerbstätiger. Seine Arbeitszeit und die seiner Frau entsprechen dann auch der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Arbeitszeit. Auf die Höhe der heutigen Subventionen bezogen wird die Landwirtschaft der sechs EWG-Staaten nach 1980 jährlich nur noch fünf Milliarden DM erhalten. Das sind 2 Prozent der Staatsausgaben; gegenwärtig erhält sie 4,8 Prozent.

Beginnend mit dem 55. Lebensjahr sollen die Landwirte künftig eine Altersrente erhalten, die bereits im 60. Lebensjahr ihren Höchstwert erreicht. Den jungen Menschen wird eine bessere Ausbildung ermöglicht. Wenn sie sich für einen anderen Zweig der Volkswirtschaft umschulen lassen wollen, erhalten sie entsprechende Beihilfen. Mit öffentlichen Mitteln sollen jährlich 80 000 industrielle Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Gebieten geschaffen werden. So wird eine weitere Vergrößerung der Ballungsgebiete und eine Entvölkerung weiter Landstriche vermieden.

Wer seinen Betrieb spezialisiert oder mit anderen zusammen eine optimale Produktionseinheit schafft, erhält finanzielle Unterstützung. Auch ein Mischsystem wird mit öffentlichen Geldern gefördert. Wer beispielsweise nur die Rindermast für sich allein oder mit Nachbarn zusammen auf mindestens 150 Tiere konzentriert, kann außerdem die anderen Betriebszweige seines Hofes selbständig weiterführen. Er wird nicht durch einen Entzug der Subventionen „bestraft“. Um größere, rentablere Produktionseinheiten zu ermöglichen, ohne daß

der einzelne Bauer sein Land verliert, sind finanzielle Hilfen bei einer langfristigen Verpachtung vorgesehen.

Der umfangreiche Finanzierungskatalog, aus dem hier nur wenige Beispiele genannt sind, soll jedem Bauern helfen, zu einem vollgültigen Mitglied der modernen Landwirtschaft zu werden, ohne daß er seinen Besitz verliert. Alle Aktionen, die im Mansholt-Plan vorgesehen sind, kennen keinerlei Zwangsmaßnahmen. Wer Bauer bleiben kann, soll Bauer bleiben — das ist nicht eine Frage des bloßen Willens, wie es die Bauernverbänder suggerieren wollen. Das Ziel des Strukturwandels: Etwa die Hälfte der heute in der Landwirtschaft Tätigen können im Jahre 1980 auf 90 Prozent des heute bebauten Bodens in vergleichsweise normaler Arbeitszeit soviel verdienen, daß sie endlich ohne Subventionen ordentlich leben können.

### *Konjunkturaussichten der Gemeinschaft*

Die *Ausfuhren* der Gemeinschaft werden im weiteren Verlauf des Jahres trotz der in den meisten Mitgliedsländern günstigeren Preis- und Kostenentwicklung (gegenüber den letzten beiden Jahren) erheblich langsamer steigen. Die Zuwachsrate der Exporte nach Drittländern dürfte bei etwa sechs Prozent liegen. Günstigere Prognosen werden für das Wachstum der *Binnennachfrage* gestellt. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen und der private Verbrauch dürften erheblich stärker zunehmen als im Vorjahr. Die höheren Gewinne, die guten Absatzaussichten und die wachsende Kapazitätsauslastung sowie die stabilen und in einigen Ländern sogar deutlich rückläufigen langfristigen Zinssätze und die gegenwärtig auch sonst relativ günstigen Finanzierungsmöglichkeiten auf den europäischen Geld- und Kapitalmärkten stellen in der gesamten Gemeinschaft eine vorteilhafte Ausgangsbasis für eine wachsende *Investitionsneigung* dar. Das Schwergewicht wird dabei nach wie vor im Bereich der verarbeitenden Industrie — aber auch in einigen Grundstoffindustrien und den Investitionsgüterindustrien — sowie im Baugewerbe liegen. Die *Verbrauchsausgaben* dürften auch in den kommenden Monaten einen sehr dynamischen Auftriebsfaktor darstellen. Zwar wird der öffentliche Verbrauch, den Haushaltsvorschlüssen nach, in den meisten Mitgliedsländern wertmäßig nicht rascher zunehmen als im Vorjahr, dafür aber wird der private Verbrauch fühlbar schneller steigen als 1968. Geschätzt werden etwa 9 Prozent — der höchste reale Zuwachs seit 1962. Die Sparquote bleibt nahezu unverändert, man rechnet ' nur mit einem leichten Anstieg.

Die *Lohneinkommen* werden nicht zuletzt wegen der steigenden Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden erheblich wachsen. Außerdem

ist mit einer kräftigen Anhebung der Löhnsätze zu rechnen. Die günstige Wirtschafts- und die verbesserte Finanzlage der Unternehmen finden in den Tarifverhandlungen ebenso ihren Niederschlag wie die zunehmende Verknappung der Arbeitskräfte. Eine Verlängerung der Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte schwieriger zu erreichen sein als 1968, daher werden Produktionsfortschritte nur durch erhebliche Rationalisierungsanstrengungen möglich, obwohl die Zahl der abhängig Beschäftigten in der EWG im Jahresdurchschnitt wiederum stärker zunehmen wird.

Die Zahl der *Arbeitslosen* dürfte im Jahresdurchschnitt massiv zurückgehen, aber "wahrscheinlich noch nicht den Tiefstand des Jahres 1966 erreichen. Allerdings ist die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft zum großen Teil struktureller Natur, was bedeutet, daß eine günstige Konjunktorentwicklung allein nicht für ihre Beseitigung ausreicht. Strukturelle, vor allem regional konzentrierte Arbeitslosigkeit kann daher durchaus mit konjunkturellen Überhitzungserscheinungen auf einzelnen Arbeitsmärkten einhergehen.

Das *Inlandsangebot* der Gemeinschaft nimmt sehr kräftig, wenn auch nicht allgemein beschleunigt, zu. Das reale Bruttosozialprodukt mag in der gleichen Größenordnung steigen wie im Vorjahr: um 5 bis 5,5 Prozent. Die *Industrieproduktion* wird weiter rasch expandieren: man rechnet mit einer Wachstumsrate (ohne Bau-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) von etwa 8 Prozent. Auch die *Einfuhren* von Gütern und Dienstleistungen dürften erneut erheblich steigen. Besonders die Fertigwarenimporte werden in den kommenden Monaten anwachsen, da mit steigender Kapazitätsauslastung der EWG-Industrie und der damit verbundenen Verlängerung der Lieferfristen die Neigung zunimmt, auf Auslandslieferanten zurückzugreifen. Ergänzt wird dieser Trend durch die erhöhte Einfuhr von Investitionsgütern (besonders aus den USA), da die betriebliche Modernisierung zur Anschaffung technisch hochentwickelter Ausrüstungen zwingt, die zur Zeit noch nicht von europäischen Partnern angeboten werden.

Diese Tendenzen könnten eine Verschlechterung des *Preisklimas* zur Folge haben, das Preisniveau dürfte mindestens um etwa 3 Prozent steigen. Dafür tragen sowohl exogene Faktoren — Freigabe oder Heraufsetzung kontrollierter Mieten, Übergang zum Mehrwertsteuersystem in den Niederlanden usw. — wie auch endogene Faktoren — Preis-Lohn-Spirale und steigende Agrarpreise — bei. Insgesamt besteht also für die EWG die Gefahr eines neuen konjunkturellen Preisauftriebs, der sowohl von der Nachfrage als auch von der Kostenentwicklung her genährt werden könnte.

Dieter Kuhr